

Beschäftigung und nachhaltige Entwicklung: Übersichtsbericht



EUROPÄISCHE STIFTUNG
zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen

Beschäftigung und nachhaltige Entwicklung: Übersichtsbericht

Charles Robson



EUROPÄISCHE STIFTUNG
zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen

Bibliographische Daten befinden sich am Ende der Veröffentlichung.

Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 1999

ISBN 92-828-5025-0

© Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, 1999

Für Übersetzungs- und Reproduktionsrechte wenden Sie sich bitte an den Direktor, Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, Wyattville Road, Loughlinstown, Co. Dublin, Ireland.

Printed in Ireland

Diese Veröffentlichung wurde auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt, das aus nordeuropäischem Wirtschaftswald stammt. Für jeden gefälltten Baum wird mindestens ein neuer Baum nachgepflanzt.



Übersichtsbericht

Beschäftigung und
nachhaltige Entwicklung

Die Globalisierung zwingt nicht nur die Wirtschaftssektoren, sondern auch die Länder selbst zu noch größerer Leistungsfähigkeit. Der wirtschaftliche Effekt jeder politischen Strategie muß umfassender als bislang gemessen werden. Die makroökonomische Bedeutung des Umweltschutzes macht es unabdingbar, daß die politischen Konzepte mit einer nachhaltigen Entwicklung im Einklang stehen. Und schließlich ist die Frage von Arbeitsplätzen ein ständiges Anliegen.

In Europa schließt der Vertrag von Amsterdam all diese Ziele ein: „die Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts und eines hohen Beschäftigungsniveaus sowie die Herbeiführung einer ausgewogenen und nachhaltigen Entwicklung“. Die Europäische Kommission hat in einer in IP/97/1003 – *Nachhaltige Wirtschaftsstrukturen in Europa* angekündigten Mitteilung ausdrücklich eine Verbindung zwischen Beschäftigung und Umwelt hergestellt.

Bei diesem Dokument handelt es sich um einen abschließenden Übersichtsbericht zum Vierjahres-Arbeitsprogramm über das Thema **Beschäftigung und Nachhaltigkeit** der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen. Das vollständige Arbeitsprogramm ist umfassender und Gegenstand zehn weiterer auf Seite 11 genannter Berichte.

Die hier beschriebene Arbeit basiert auf zwei Paaren konkurrierender Hypothesen, die die Erwartungen und Befürchtungen in Politik und Wirtschaft hinsichtlich dieser Fragen widerspiegeln sollen. Es wird dabei die Konzeptvielfalt der nationalen Regierungen in Europa genutzt, um die wirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Auswirkungen ihrer äußerst unterschiedlichen umweltpolitischen Strategien zu vergleichen, und es werden somit Fakten

geliefert, auf deren Grundlage zukünftige politische Strategien gewählt und entworfen werden können.

- **Hypothesenpaar 1:** Unternehmen mit ökologisch bewährten Verfahren werden eher als andere/werden nicht eher als andere Arbeitsplätze erhalten statt abbauen.
- **Hypothesenpaar 2:** Arbeitsplätze können/können nicht dadurch geschaffen werden, daß die Abgabenlast von den Lohnnebenkosten auf Umweltsteuern verlagert wird.

Das erste Hypothesenpaar wurde in drei sektoralen Fallstudien überprüft, indem die Umwelt- und Wirtschaftsleistung von KMU gemessen und verglichen wurde, die innerhalb eines Landes und international innerhalb der EU im Wettbewerb miteinander stehen. Das zweite Hypothesenpaar wurde weitgehend nicht im Rahmen von Forschung im üblichen Sinne überprüft, sondern dadurch, daß den wichtigsten Beratern von Ministerien und Unternehmen in Europa Gelegenheit gegeben wurde, einander die Gründe und Fakten ihrer äußerst unterschiedlichen politischen Positionen darzulegen. Darüber hinaus wurden erste Schritte unternommen, um sich mit zwei weiteren Hypothesenpaaren auseinanderzusetzen: Das eine betrifft das Problem, daß allgemein keine Messungen der Auswirkungen stattfinden, um die Kostenwirksamkeit von Maßnahmen und die Gültigkeit von Modellen zu beurteilen, das andere die Frage, ob technologische Veränderungen und Verhaltensänderungen, mit denen eine nachhaltige Entwicklung gefördert werden soll, wirklich Arbeitsplätze schaffen könnten.

Hypothesenpaar 1: Wie Unternehmen auf die derzeitige Umweltpolitik reagieren

In Rahmen dreier sektoraler Studien wurden Messungen der **tatsächlichen** Auswirkungen bestehender Umweltvorschriften auf KMU, der wichtigsten Quelle für Beschäftigung, durchgeführt. Bei den drei Sektoren handelte es sich um die Nahrungsmittelindustrie, die Hersteller von Keramikfliesen und Eisengießereien. Mit der Befragung der Unternehmen sollte herausgefunden werden, inwieweit diese aufgrund der bestehenden Umweltvorschriften ihre industriellen Verfahren und verwandte Aktivitäten angepaßt haben und wie hoch die jeweiligen Folgekosten waren. Ein Problem bei solchen Messungen besteht darin, daß man keinen Vergleich hat, was das Unternehmen getan hätte, wären die betreffenden Umweltvorschriften nicht eingeführt worden – eine **irreale Wenn-Dann-Situation**. Dennoch kann man Vergleiche anstellen, indem man diesen Unternehmen andere einheimische und internationale Konkurrenzbetriebe derselben Größe und mit derselben Produktpalette gegenüberstellt, d.h. innerhalb desselben Landes und mit derselben Umweltgesetzgebung sowie in unterschiedlichen Ländern und mit unterschiedlicher Umweltgesetzgebung. Da in diesem Fall Gleiches mit Gleichem verglichen wird, lassen sich Leistungsunterschiede in Abhängigkeit von unterschiedlichen Vorschriften erklären, oder man kann aufzeigen, daß es trotz unterschiedlicher Vorschriften keine Leistungsunterschiede gibt. Dabei kam zum erstenmal die **Vergleichsbetrieb-Methode** zur Anwendung, um die Auswirkungen von Umweltvorschriften auf die Wettbewerbsfähigkeit zu messen. In der Studie über die Nahrungsmittelindustrie wurde diese Methode detailliert, in den beiden anderen Studien allgemeiner angewandt.



Die kurzfristigen Auswirkungen von Umweltvorschriften, die nur in zwei der Studien direkt gemessen wurden, waren relativ gering und positiv und lagen bei Zuwächsen von 0,53 % bzw. 1% der Gesamtbeschäftigung. In der dritten Studie wurden keine Messungen durchgeführt, es wurde jedoch ein negativer Effekt vergleichbarer Größenordnung vorhergesagt. Diese mikroökonomischen Auswirkungen spiegeln die allgemeinen Schlußfolgerungen der OECD aus den makroökonomischen Studien wider: Die Beschäftigungswirksamkeit von Umweltmaßnahmen sei netto leicht positiv, wenn auch begrenzt. Dies entspreche der gegenwärtig geringen makroökonomischen Bedeutung und Wirkung von Umweltmaßnahmen.

Erkenntnisse

Da keine Messungen der langfristigen beschäftigungspolitischen Auswirkungen vorlagen, konzentrierte man sich statt dessen auf die Wettbewerbsfähigkeit, gemäß dem Grundprinzip, daß das langfristige Überleben eines Unternehmens oder Sektors von seiner Fähigkeit abhängt, wettbewerbsfähig zu bleiben. Indem man die Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit mißt, kann man zwar nicht den erwarteten Beschäftigungsgrad bestimmen, aber man erhält doch einen Anhaltspunkt dafür, ob Arbeitsplätze voraussichtlich erhalten bleiben oder verloren gehen werden.

- In der Untersuchung des Nahrungsmittelsektors standen alle aufgesuchten 67 Betriebe unter starkem nationalen und internationalen Wettbewerbsdruck. Es stellte sich heraus, daß deren Wettbewerbserfolg und somit Überleben von den mit den Umweltvorschriften verbundenen Kosten bei den gemessenen Kostenhöhen, d.h. 0,04 % bis 1,56 % des Umsatzes, nicht beeinträchtigt wurde.
- In der Untersuchung der Keramikfliesenbranche waren die Unternehmen im italienischen Bezirk Sassuolo aufgrund der geographisch bedingten Konzentration der Umweltverschmutzung mit höheren Umweltstandards konfrontiert als vereinzelt angesiedelte Fabriken. Man kam zu dem Ergebnis, daß die Hersteller von Keramikfliesen in Sassuolo bei Umweltkosten in Höhe von 5-8 % der gesamten Produktionskosten international und national wettbewerbsfähig blieben.
- Die Schlußfolgerung aus der Untersuchung der Eisengießereien lautete, daß die Betriebe im Vereinigten Königreich größerem Umweltdruck ausgesetzt und allgemein rentabler waren als jene in Spanien: Das durchschnittliche Gewinn-Umsatz-Verhältnis betrug 7,3 % bei den Fabriken im Vereinigten Königreich gegenüber 0,1 % bei denen in Spanien.

Diese Erkenntnisse sind potentiell von so großer Bedeutung, daß sie hier in bezug auf die Studie über die Nahrungsmittelindustrie weiter untersucht werden sollen, wo die Vergleichsbetrieb-Methode die meisten Vergleichsdaten lieferte. Tabelle 1 zeigt, wie sehr die Kosten im Zusammenhang mit der Einhaltung von Umweltvorschriften bei den Unternehmen schwanken, deren Wettbewerbsleistung in bezug auf fünf unterschiedliche Kriterien mindestens 25 % über dem Durchschnitt der Unternehmensstichprobe lag.

Tabelle 1: Überdurchschnittliche Wettbewerbsleistung nach unterschiedlichen Kriterien sowie Umweltkosten als Prozentsatz vom Umsatz

Bei nach jedem Kriterium national überdurchschnittlichen Betrieben	Deutschld. Milchwirtschaft	Deutschld. Fleischverarbeitung	Irland Milchwirtschaft	Irland Fleischverarbeitung	Italien Milchwirtschaft	Italien Fleischverarbeitung
Internationale Wettb.fähigk.	0,69	1,28	0,07	0,4	0,17	0,32
Wertschöpfung	0,87	1,08	0,1	0,26	0,19	0,39
Tatsächl. Produktivität	1,56	1,07	0,37	0,28	0,29	0,28
Exporte	0,69	0,39	0,21	0,55	0,21	0,29
Firmenwachstum	1,43	1,70	0,04	0,21	0,3	0,63
Stichprobendurchschnitt	0,87	1,02	0,26	0,44	0,25	0,33

Quelle: Hitchens et al., *The Firm, Competitiveness and Environmental Regulations* (siehe Literaturverzeichnis, S. 11).

Diese Erkenntnisse bedeuten, daß die Auswirkungen der mit dem Umweltschutz verbundenen Kosten geringer sein können als die Theorie nahelegt, die besagt, daß Umweltvorschriften allgemein eine Erhöhung der Kosten und Produktpreise sowie eine Verringerung des Produktionsergebnisses und der Beschäftigungszahlen zur Folge haben. Die negativen Folgen ließen sich abschwächen, wenn kosteneinsparende technologische Veränderungen durch zusätzliche Bestimmungen begünstigt würden, wenn die Unternehmen über die erforderliche Marktmacht verfügen und die Nachfrage etwas unelastisch ist. Außerdem zeigt die Erfahrung, daß der Ausgangspunkt der Unternehmen normalerweise nicht eine volle Kosteneffizienz ist, so daß Vorschriften Managementverbesserungen in bezug auf die angewandten Techniken erzwingen und Verbesserungen hinsichtlich Materialverbrauch nach sich ziehen können. Solche Veränderungen würden gegebenenfalls die durch Umweltvorschriften verursachten Kosten gewissermaßen ausgleichen.

Aus diesem Grund sind zwei weitere Ergebnisse der Studie über die Nahrungsmittelindustrie von Bedeutung: i) Die Zahl der von Unternehmen angewandten Initiativen für saubere Technologie nahm mit den Kosten der Einhaltung von Umweltvorschriften zu, ii) es gab allgemein einen positiven Zusammenhang zwischen dem Erreichen einer überdurchschnittlichen Wettbewerbsfähigkeit und der überdurchschnittlichen Anwendung von Umweltinitiativen.

Abschließend wurden die Nahrungsmittelbetriebe gefragt, was sie selbst als die entscheidenden Wettbewerbsnachteile betrachteten. Tabelle 2 zeigt, daß die umweltbezogenen Kosten trotz starken Wettbewerbsdrucks nicht als einer der wesentlichen Faktoren angesehen werden, die das Überleben oder Wachstum der Unternehmen der Stichprobe beeinflussen, abgesehen von einigen ostdeutschen Firmen, die zusätzlich zu anderen Kosten des Übergangs sowohl die Kapitalkosten als auch die Betriebskosten aufbringen müssen, die mit der Einhaltung von Umweltvorschriften verbunden sind.



Tabelle 2: Wettbewerbsnachteile

Wettbewerbsnachteile	Ost-deutschland	West-deutschland	Nordirland	Republik Irland	Norditalien	Süditalien
Arbeitsqualität/Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen	1	2	2	–	7	7
Standort	4	2	5	3	–	4
Preisdruck	–	–	–	–	8	8
Geringere Wertschöpfung der Produktion/Innovation	2	1	1	1	4	6
Instabile Nachfrage/Überkapazität	3	1	1	1	3	3
Schlechter Absatz	1	5	–	1	2	2
Rohstoffpreise	1	2	4	1	–	–
BSE	2	4	1	1	–	–
Alter der Werksanlage	–	3	2	3	–	–
Hohe umweltbezogene Kosten	7	1	–	–	–	–
Rohstofflieferung	–	–	–	2	–	–

Quelle: Hitchens et al., *The Firm, Competitiveness and Environmental Regulations* (siehe Literaturverzeichnis, S.11).

Hypothesenpaar 2: Umweltsteuern und Verlagerung der Abgabenlast

Das zweite Hypothesenpaar wurde weitgehend nicht im Rahmen der ohnehin schon umfangreichen Forschungsarbeiten überprüft, sondern dadurch, daß die wichtigsten Berater von Ministerien und Unternehmen in ganz Europa Gelegenheit erhielten, einander die Gründe und Fakten ihrer äußerst unterschiedlichen Positionen zu erläutern. Der Schwerpunkt gilt hier zwei Fragen: einerseits, warum ein Finanzminister die Einführung von Umweltsteuern beabsichtigen würde, und andererseits, ob die Verwendung der Steuereinnahmen, die zur Senkung der Lohnnebenkosten gedacht sind, sowohl der Beschäftigung als auch der Umwelt zugute kommen und somit durch die Verlagerung der Abgabenlast eine doppelte Dividende erzielt wird. Die gravierenden Unterschiede zwischen den einzelnen Regierungen sowie den einzelnen Unternehmen werden vor dem Hintergrund von Erkenntnissen aus vorhandenen Forschungsarbeiten und politischen Entscheidungen untersucht. Die Antworten von Politik und Wirtschaft basieren auf den Papieren und Vorträgen ranghoher Berater der Finanzminister und Umweltminister, des Europäischen Industriekreises und des Europäischen Markenverbands.

Allmählich beginnt man in einer Reihe von Ländern, das Steuersystem nach ökologischen Gesichtspunkten umzugestalten. Dabei „testen“ einige, ob eine Verlagerung der Abgabenlast von der Arbeit zur Umwelt Arbeitsplätze schaffen würde – das zweite Hypothesenpaar. Andere vertreten die Auffassung, daß Umweltziele der Schwerpunkt von Umweltsteuern sein sollten und daß Arbeitsmarktprobleme auf andere Art und Weise gelöst werden müßten. Alle Länder sind sich darin einig, daß die beschäftigungspolitischen Auswirkungen bei dem Umfang der derzeit eingeführten oder vorgeschlagenen Umweltsteuern und Abgabenverlagerungen gering sind. Es finden jedoch wenig Forschungsarbeiten statt, die die tatsächlichen Auswirkungen der bestehenden Umweltsteuern und Abgabenverlagerungen messen. Entscheidungen hängen daher von verfügbaren Erkenntnissen ab, die weitgehend auf Modellforschung sowie dem Erfahrungsaustausch in Politik und Wirtschaft basieren; daher diese Analyse.

Allgemein ist der Einnahmenbedarf der Grund für die Einführung von Steuern, aber die bestehenden Steuern sind hinsichtlich ihrer Wirkung auf die Wirtschaft eventuell ineffizient. Eine US-amerikanische Studie schätzt, daß die dortige Sozialversicherungssteuer und die Besteuerung der Kapitalrendite einen Ertragsverlust von bis zu 0,95 Cent für jeden US-Dollar erhobener Steuern zur Folge haben können. Daher haben die Finanzminister allen Grund, Möglichkeiten ausfindig zu machen, wie sich ineffiziente oder wettbewerbsverzerrende Steuern durch Steuern ersetzen lassen, die Verzerrungen korrigieren sollen. Umweltsteuern sind für die Finanzminister folglich dann attraktiv, wenn sich nachweisen läßt, daß Verzerrungen damit behoben werden können.

Die theoretische Grundlage ist bestens bekannt und findet ihren Niederschlag in dem Vorschlag von Pigou, daß Umweltsteuern dafür verwendet werden sollten, für die Kosten kontaminierender Aktivitäten aufzukommen, die andernfalls von der Gemeinschaft getragen werden müßten. Beispiele für Umweltsteuern, Schwefel (Schweden), Deponieabfälle (Dänemark, Niederlande, Vereinigtes Königreich) und für Energiesteuern (verschiedene Länder) haben nachweislich einen positiven Effekt auf die Verzerrung (obwohl Auswirkungen kaum gemessen wurden, um die Effekte, die ausschließlich auf die betreffende Steuer zurückzuführen sind, zu isolieren). Dies ist daher ein Argument für die Anwendung von Umweltsteuern, um Verzerrungen in der Wirtschaft auszugleichen. In der Praxis haben Bedenken, daß Umweltsteuern die Wirtschaft durch den Verlust an industrieller Wettbewerbsfähigkeit schädigen könnten, zu Ausnahmen geführt, die am häufigsten mit den Energiesteuern im Zusammenhang stehen. Auf diese Weise werden erneut Verzerrungen in das Steuersystem eingeführt. In den der Stiftung im Oktober 1996 anlässlich der Konferenz zum Thema „Ökologische Wirtschaftspolitik: Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ vorgelegten Papieren wurde jedoch nicht der Nachweis erbracht, daß sich Umweltsteuern in irgendeiner Weise, positiv oder negativ, auf die Wettbewerbsfähigkeit ausgewirkt hätten.

Politische und wirtschaftliche Vorträge und Diskussionen anlässlich dieses und vorangegangener Workshops untersuchten auch die Hypothese, daß sich durch die Verwendung der Einnahmen aus Umweltsteuern für die Senkung der Lohnnebenkosten sowohl die Qualität der Umwelt als auch der Beschäftigungsgrad verbessern ließen. Zu diesem Thema gibt es reichlich Literatur. Die von der OECD durchgeführte Untersuchung ergab, daß die Ergebnisse der meisten Modellstudien eine verblüffende Ähnlichkeit aufweisen, von denen insbesondere die neueste schätzt, daß Umweltschutzmaßnahmen netto einen positiven, wenn auch wahrscheinlich geringen beschäftigungspolitischen Effekt haben. Um die Größenordnung der Auswirkungen zu veranschaulichen, die eine Verlagerung der Abgaben von der Arbeit auf die Umwelt mit sich bringt, werden Modellergebnisse aus der Koopman-Analyse genannt, bei der von einer Senkung der Sozialversicherungsbeiträge in Höhe von 1 % des europäischen BIP ausgegangen wird, die haushaltsneutral durch eine Kohlenstoff-/Energiesteuer finanziert wird und nach sieben Jahren einen Beschäftigungszuwachs von 1 % bringt. Es werden ferner Ergebnisse aus dem Moe-Papier über die norwegische Ökosteuer-Kommission zitiert, das einen Beschäftigungszuwachs von 0,5 % nach acht Jahren aufgrund einer Erhöhung der Umweltsteuern um 1 % des BIP zusammen mit einer 2,3%igen Senkung der Lohnnebenkosten ausweist.



Eine Reihe von Beiträgen führender Forscher zur Hypothese der Verlagerung der Abgabenlast von den Lohnnebenkosten zu Umweltsteuern zeigt, daß jeder Nutzen von Verhaltensänderungen in bezug auf mehrere Fragen abhängt, wobei insbesondere die Schlüsselrolle der von der Wirtschaft (Arbeitgeber und Gewerkschaften) und der Politik vertretenen Meinung betont wird. Ohne Messung der tatsächlichen Auswirkungen bestehender Umweltsteuern, die auch die Modelle bestätigen könnte, gibt es keinen zwingenden Beweis. Da es eine solche Messung nicht gibt, wurden die aufgrund vorhandener Forschungsarbeiten und des politischen Prozesses gewonnenen Erkenntnisse untersucht. Zwei Beispiele aus dem Hauptbericht sollen hier kurz zusammengefaßt werden.

Die nachstehende auf empirischen Daten basierende Abbildung verdeutlicht die logische Grundlage der Schlußfolgerung, daß eine Energiesteuer zu Beschäftigungszuwachs führen könnte.

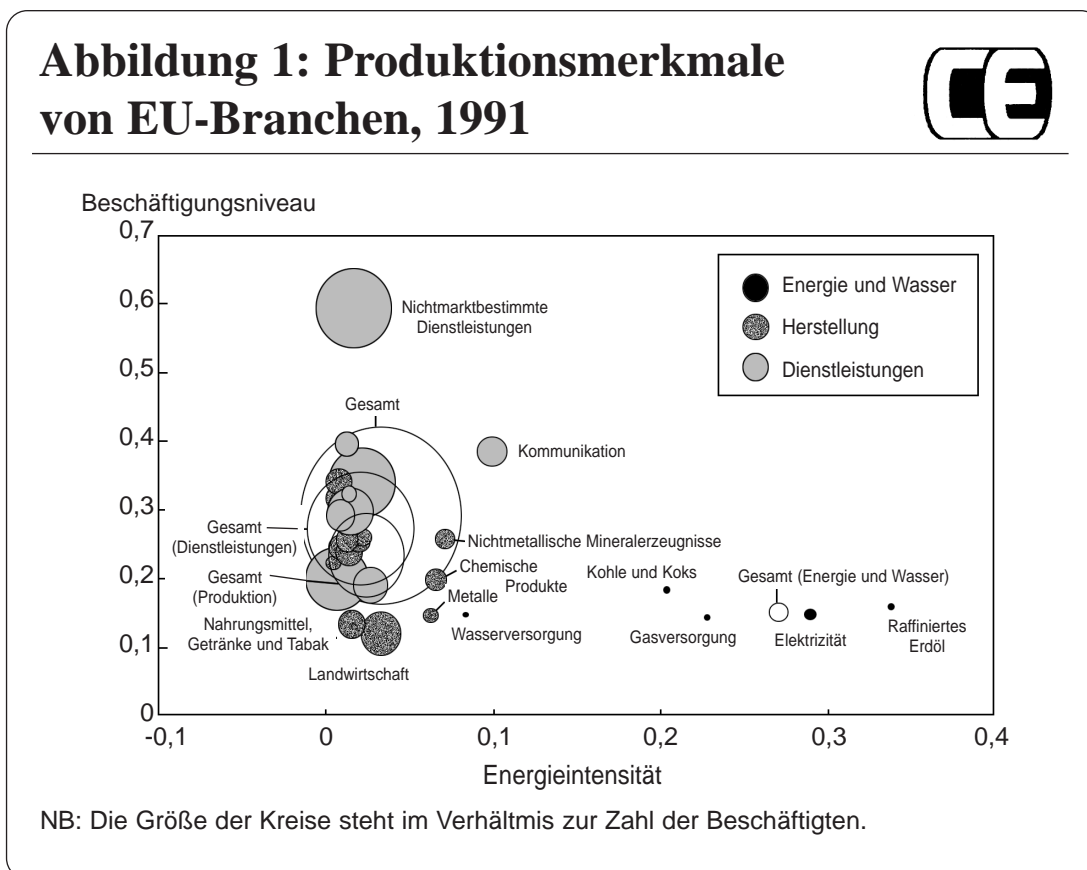


Abbildung 1: Produktionsmerkmale von EU-Branchen, 1991

Die Abbildung zeigt, daß energieintensive Branchen tendenziell kapitalintensiv sind, während es sich bei den arbeitsintensiven Branchen nicht um Energie-Großverbraucher handelt. Das ist zwar weder ein Beweis dafür, daß eine ertragsneutrale Energiesteuer einen Beschäftigungszuwachs zur Folge haben würde, noch ein Grund, eine solche Steuer einzuführen, aber es sind Fakten, die mit einem solchen Ergebnis übereinstimmen.

Die niederländische Ökosteuer-Kommission begriff die Wiederverwendung der Einnahmen aus hohen Energiesteuern eher als ein Problem an sich denn als einen zusätzlichen Vorteil. In ihrer allgemeinen Erklärung stellt sie fest, welche Alternativen verfolgt werden sollten, um die Abgabenlast von den Lohnnebenkosten auf Umweltsteuern zu verlagern, und zwar in Höhe von 1 % des gesamten Steueraufkommens. Die Zahl sinnvoller Alternativen ist der Kommission zufolge begrenzt. Langfristig hänge eine solche Verlagerung in erster Linie von der politischen und öffentlichen Akzeptanz der Erhebung von Energiesteuern ab, wobei dies eine Feststellung und kein Einwand sei. Die Kommission empfahl, sich auf eine starke Umweltdividende aus einer solchen Abgabenverlagerung zu konzentrieren und die Chance einer doppelten beschäftigungs- und umweltwirksamen Dividende nicht zu überschätzen.

Der Versuch weiterer Einschätzungen

Eine eindeutige Botschaft aus der vorstehenden Analyse lautet, daß nicht mehr Forschung, sondern anders gewichtete Forschung benötigt wird, die sich darauf konzentriert, die Auswirkungen der vorhandenen Steuern zu messen, um jenen solide Daten zu liefern, die neue politische Konzepte entwickeln, und um auf deren Grundlage die Modellergebnisse verifizieren zu können. Der Anfang wurde deshalb damit gemacht, daß man ein drittes konkurrierendes Hypothesenpaar untersuchte, das besagt, daß das Vertrauen in die makroökonomischen Modelle von Umweltsteuern und Abgabenverlagerung gestärkt/nicht gestärkt werden könnte, wenn deren Ergebnisse mit den gemessenen Auswirkungen verglichen werden könnten. Die Einführung der Deponiesteuern im Vereinigten Königreich im Jahr 1996 hat in Verbindung mit einer Senkung des Arbeitgeberanteils an den Sozialabgaben (NIC) 1997 die Gelegenheit geboten, unverzüglich zu reagieren, und die Grundlage geschaffen, auf der zukünftige Auswirkungen im Rahmen einer Modellstudie und einer anschließenden Felduntersuchung gemessen werden können. Diese Arbeiten waren sowohl für den politischen Prozeß als auch für die Industrie wertvoll, aber es bleibt abzuwarten, ob sie oder Forschungsvorhaben zu anderen Umweltsteuern oder Abgabenverlagerungen das dritte Hypothesenpaar ausreichend beleuchten können.

Außerdem wurde ein erster Schritt zur Überprüfung eines vierten konkurrierenden Hypothesenpaars unternommen, das besagt, daß durch grundlegende Veränderungen im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung Arbeitsplätze/keine Arbeitsplätze geschaffen werden. Gemeint ist u.a. beispielsweise der Ersatz von Verbundstoffen durch Holz und Recyclingmaterial im Bausektor, und die Verlagerung des Transports von PKW/LKW auf Bus/Bahn. Das Erarbeiten der Auswirkungen von neun sektoralen Szenarien ermöglichte einen Einblick in die Ursachen und Wirkungen, die oft in der statistischen Grundlage eines Großteils der Wirtschaftsforschung nicht sichtbar sind. Diese Einblicke und Anzeichen für eine direkte Beschäftigungswirksamkeit aufgrund der Schreibtischstudie könnten auch als Rahmen für eine detailliertere Forschungsagenda verwendet werden, um das vierte Hypothesenpaar zu überprüfen.



Veröffentlichungen zu verwandten Themen

Die Veröffentlichungen der Stiftung können bei Ihrem Buchhändler oder den offiziellen Verkaufsstellen der EU oder dem Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, L-2985 Luxembourg, käuflich erworben werden. Dokumente, für die keine Preise angegeben sind, können kostenlos bei der Stiftung angefordert werden.

1. **The Potential for Employment Opportunities from Pursuing Sustainable Development** WP/96/64/EN.
2. **Employment and Sustainability - The Social Partners as a Reality Check** WP/96/63/EN.
3. **P+ (Euro-Magazin Arbeitnehmerbeteiligung) Heft 11 – The Social Partners and the Environment** (Auch erhältlich auf FR, DE) Kat.-Nr. SY-AC-95-002-EN-C.
4. **Environmental Taxes & Charges: National Experiences and Plans – Report of the Dublin Workshop.** Kat.-Nr. SY-97-86-766-EN-C. EUR 7.
5. **Environmental Taxes & Charges: National Experiences and Plans - Papers from the Dublin Workshop.** Kat.-Nr. SY-97-96-774-EN-C. EUR 31,50.
6. **The Firm, Competitiveness and Environmental Regulations: A Study of the European Food Processing Industries.** Herausgegeben von Edward Elgar und dem Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften in Zusammenarbeit mit der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen. Kat.-Nr. SX-08-97-969-EN-C. EUR 60.
7. **Local Sustainability and Competitiveness: The Case of the Ceramic Tile Industry.** EF/98/32/EN.
8. **Employment and Sustainability in the EU Manufacturing Sector: Foundries and Mechanical Engineering.** EF/98/31/EN.
9. **Environmental Economic Policies: Competitiveness and Employment – Bericht über die von der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen veranstaltete Konferenz, 16.-17. Oktober 1996, Dublin.** EF/98/35/EN.
10. **Employment and Sustainability: The UK Landfill Tax. Von der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen 1995-1996 in Auftrag gegebene Studien.** EF/98/33/EN.

WEITERE INFORMATIONEN

Wegen weiterer Informationen über dieses Projekt wenden Sie sich bitte an:

John Hurley

Information Liaison Officer, Sustainable Development

Tel. (353-1) 204 32 09

E-Mail: john.hurley@eurofound.ie

Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen

Beschäftigung und nachhaltige Entwicklung: Übersichtsbericht

Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften

1999 – 12 S. – 21 x 29,7 cm

ISBN 92-828-5025-0



AMT FÜR AMTLICHE VERÖFFENTLICHUNGEN
DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

L- 2985 Luxembourg

ISBN 92-828-5025-0



9 789282 850251